



AKTIV-
DEMOKRATIE

bunt, lebendig & wirksam!

Steirische Volksrechte: Was können wir tun?

Analyse des
Steiermärkischen Volksrechtegesetzes
(Fassung von 11.07.2018)

Vorwort

Kennen Sie das steiermärkische Volksrechtegesetz? Ich kannte es bis vor Kurzem nicht. Ich hatte keine Ahnung, was ich als Bürger tun kann und was nicht. Also las ich mir die 39 Seiten Gesetzestext durch. Nachdem mich das eher verwirrte als aufklärte, begann ich, die einzelnen Teile zusammenzufassen und in eine nachvollziehbare Struktur zu bringen. Letzten Endes entstand daraus das vorliegende Dokument, das ich hiermit der Allgemeinheit zur Verfügung stelle.

Auf den folgenden 20 Seiten sind **alle Instrumente beschrieben, die uns Bürger*innen in der Steiermark zur Verfügung stehen**, um politische Entscheidungen zu beeinflussen – sowohl auf Landesebene (Abschnitt A) als auch auf Gemeindeebene (Abschnitt B). Ausgangspunkt bei jedem Instrument ist die Frage, wofür wir es einsetzen können. Danach folgen eine genauere Beschreibung („Was heißt das?“), eine Definition des Zwecks („Was bringt das?“), die Auflistung der Berechtigten („Wer darf das?“), eine Prozess-Beschreibung („Wie geht das?“) sowie Bewertungen der Freiheit der Themenwahl, der Durchführbarkeit und der Wirksamkeit. Die Wirksamkeit ist auch maßgebend für die Reihenfolge der Kapitel.

Ich habe mich bemüht, einen guten Mittelweg zwischen korrekten gesetzlichen Formulierungen und einer alltagstauglichen Sprache zu finden. Dadurch kann es zu Unschärfen kommen. **Wer eines der Instrumente anwenden will, sollte deshalb auf jeden Fall auch den Gesetzestext lesen** – nur was dort steht, hat auch rechtliche Gültigkeit.

Ich wünsche alles Gute für die Initiierung von Volksabstimmungen, Volksbegehren, Initiativen, Volksbefragungen und Gemeindeversammlungen sowie für Petitionen, Stellungnahmen, Beschwerden und Auskunfts-Anfragen!

Christian Kozina

Hinweis: Ich formuliere normalerweise immer mit Gender-Sternchen (siehe oben). Nachdem die Texte aber viele Personenbezeichnungen beinhalten, würde aus meiner Sicht das Gendern die Leserlichkeit beeinträchtigen und eine abwechselnde Verwendung von männlichen und weiblichen Formen Verwirrung stiften.

Impressum

Herausgeber:

Verein zur Förderung der Aktiv-Demokratie, Radegunder Straße 16/19, 8045 Graz

Autor:

Mag. Dr. Christian Kozina (christian.kozina@aktiv-demokratie.at)

Inhaltsübersicht

A. Landesebene

A1. Volksabstimmungen im Land:

Wir können über beschlossene Gesetze abstimmen (§ 52-81)..... 4

A2. Volksbegehren und Initiativen im Land:

Wir können Gesetze und Maßnahmen initiieren, ändern oder aufheben (§14-45)..... 6

A3. Volksbefragungen im Land:

Wir können uns selbst befragen (§ 82-109)..... 9

A4. Petitionen an das Land:

Wir können unsere Anliegen an die Politik richten (§110-112)..... 11

A5. Stellungnahmen beim Land:

Wir können Entwürfe kommentieren (§2)..... 12

A6. Beschwerden beim Land:

Wir können uns beschweren (§114-115)..... 13

A7. Auskunftsrecht beim Land:

Wir können Auskünfte verlangen (§113). 14

B. Gemeindeebene

B1. Volksabstimmungen in Gemeinden:

Wir können über Beschlüsse des Gemeinderats abstimmen (§ 130-154)..... 15

B2. Initiativen in Gemeinden:

Wir können Verordnungen und sonstige Maßnahmen initiieren, ändern oder aufheben (§116-129)..... 16

B3. Volksbefragungen in Gemeinden:

Wir können uns selbst befragen (§ 155-176). 18

B4. Petitionen an Gemeinden:

Wir können unsere Anliegen an die Politik richten (§181-183)..... 20

B5. Gemeindeversammlungen:

Wir können uns versammeln (§177-180)..... 21

B6. Beschwerden in Gemeinden:

Wir können uns beschweren (§185-186)..... 22

B7. Auskunftsrecht in Gemeinden:

Wir können Auskünfte verlangen (§184). 23

Zusammenfassung

Zusammenfassung 24

A. Landesebene

A1. Volksabstimmungen im Land: Wir können über beschlossene Gesetze abstimmen (§ 52-81).

Was heißt das?

- Wir können eine Abstimmung darüber erzwingen, **ob ein Gesetzesbeschluss auch tatsächlich gültig werden soll oder nicht.**

Was bringt das?

- Wenn wir mit Gesetzen des Landtags nicht einverstanden sind, können wir dafür sorgen, **dass stattdessen alle Stimmberechtigten gemeinsam entscheiden.**

Wer darf das?

- Eine Volksabstimmung zu einem bestimmten Gesetzesbeschluss kann **von mindestens 50.000 Stimmberechtigten** beantragt werden (bzw. vom Landtag selbst oder von mindestens 50 steirischen Gemeinden).

Wie geht das?

- Der **Landtag informiert** die Öffentlichkeit über einen Gesetzesbeschluss (unverzüglich und in elektronischer Form; mit Titel, Datum und Frist, in der die Durchführung einer Volksabstimmung verlangt werden kann).
- Die **Antragsteller verlangen** von der Landesregierung innerhalb von sechs Wochen nach dem Gesetzesbeschluss die **Durchführung einer Volksabstimmung** – mit
 - a. dem Titel und Datum des Gesetzesbeschlusses,
 - b. dem ausdrücklichen Verlangen auf Durchführung einer Volksabstimmung,
 - c. einer Begründung,
 - d. den Namen, Geburtsdaten, Adressen, Unterschriften und Stimmrechtsbestätigungen aller Antragsteller sowie
 - e. der Nennung eines Zustellungsbevollmächtigten und dessen Stellvertreters.
- Die **Landesregierung entscheidet** innerhalb von vier Wochen, ob der Antrag den formalen Voraussetzungen entspricht. Das Ergebnis wird dem Zustellungsbevollmächtigten bekannt gemacht und veröffentlicht.
- Die **Landesregierung verordnet** eine Volksabstimmung mit
 - a. der Frage, „ob der Gesetzesbeschluss Gesetzeskraft erlangen soll“,
 - b. dem vollen Wortlaut des Gesetzesbeschlusses und
 - c. den Tag der Volksabstimmung (Sonntag oder gesetzlichen Feiertag innerhalb von drei Monaten nach Kundmachung der Verordnung)

Die Verordnung wird in Presse und Rundfunk **veröffentlicht** und in den letzten vier Wochen vor der tatsächlichen Abstimmung in den Gemeinden zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

- Jeder Stimmberechtigte kann in der eigenen oder mit Stimmkarte auch in einer anderen Gemeinde abstimmen. Die **Abstimmung** erfolgt nach Glaubhaftmachung der Identität auf amtlichen Stimmzetteln mit dem Titel des Gesetzesbeschlusses, der Frage, ob der Gesetzesbeschluss Gesetzeskraft erlangen soll sowie Kreisen, in denen die Stimmberechtigten „Ja“ oder „Nein“ ankreuzen können.
- Die Ergebnisse werden von der Gemeinde- an die **Landeswahlbehörde** übermittelt. Diese **gibt** zunächst das vorläufige und nach einer Woche das endgültige **Gesamtergebnis bekannt** (Summe der Stimmberechtigten, Summe der abgegebenen Stimmen, Summe der ungültigen Stimmen, Summe der gültigen Stimmen, Summe der gültigen „Ja“-Stimmen, Summe der gültigen „Nein“-Stimmen).
- Wird innerhalb von vier Wochen kein Einspruch erhoben, ist das Abstimmungsergebnis endgültig – **der Gesetzesbeschluss erlangt Gesetzeskraft oder nicht**. Das Ergebnis wird veröffentlicht und dem Zustellungsbevollmächtigten bekannt gegeben.

Bewertung von Volksabstimmungen auf Landesebene

- **thematisch sehr begrenzt** – nur nach Gesetzesbeschlüssen (1 von 5)
- **nicht durchführbar** – zu hohe Hürden für Antragsteller (0 von 5)
- **sehr wirksam** – Entscheidungen sind endgültig (5 von 5)

A2. Volksbegehren und Initiativen im Land: Wir können Gesetze und Maßnahmen initiieren, ändern oder aufheben (§14-45).

Was heißt das?

- Ein **Volksbegehren** ist ein „Verlangen auf Erlass, Änderung oder Aufhebung von **Landes- und Landesverfassungsgesetzen**“.
- Eine **Initiative** ist ein „Verlangen auf Erlass, Änderung oder Aufhebung von **Maßnahmen**, die in den selbständigen Wirkungsbereich des Landes fallen (Angelegenheiten der Regierungspolitik und der Vollziehung).“

Was bringt das?

- Wir können neue **Gesetze und Maßnahmen initiieren** und bestehende Gesetze und Maßnahmen **ändern oder aufheben**.

Wer darf das?

- **Volksbegehren** können **für das gesamte Bundesland von 1.700 Stimmberechtigten** beantragt werden. Auf Bezirksebene gibt es keine Volksbegehren.
- **Initiativen** können **für das gesamte Bundesland von 8.500 Stimmberechtigten** und **für einzelne Bezirke von 2% oder 1.000 Stimmberechtigten mit Hauptwohnsitz im Bezirk** beantragt werden.

Wie geht das?

1. Die **Antragsteller senden** einen **Einleitungsantrag** an die Landesregierung – mit
 - a. einem Gesetzesentwurf (bei einem Volksbegehren) bzw. einer einfachen Anregung oder ausgearbeiteten Vorlage (bei einer Initiative),
 - b. einer Begründung,
 - c. einer Aufstellung der voraussichtlichen Gesamtbelastung (unmittelbare + Folgebela-
stung) des Landes und der Gemeinden sowie einer Begründung der Notwendigkeit,
 - d. Antragslisten mit Namen, Geburtsdaten, Adressen, Unterschriften und Stimm-
rechtsbestätigungen aller Antragsteller, sowie
 - e. der Nennung eines Zustellungsbevollmächtigten und dessen Stellvertreters.*Hinweis: Das Land Steiermark stellt entsprechende Vorlagen zur Verfügung.*
2. Die **Landesregierung entscheidet** innerhalb von vier Wochen, ob der Antrag den for-
malen Voraussetzungen entspricht. Das Ergebnis wird dem Zustellungsbevollmächtigten
bekannt gemacht und veröffentlicht. *(Bei zu wenigen Antragstellern ist Neueinbringung
des Einleitungsantrags innerhalb von sechs Wochen möglich.)*
3. Die **Landesregierung verordnet** die Durchführung eines Eintragungsverfahrens mit
 - a. Gegenstand des Volksbegehrens oder der Initiative

- b. Eintragungsfrist (mind. acht Tage von Samstag bis Sonntag, vier Wochen bis vier Monate nach Kundmachung der Verordnung)
 - c. Eintragungsgebiet
und veröffentlicht dies in Presse und Rundfunk. Auch die Gemeinden machen das Volksbegehren oder die Initiative spätestens drei Wochen im Voraus bekannt.
4. Jeder Stimmberechtigte kann sich in der eigenen oder mit Stimmkarte auch in einer anderen Gemeinde eingetragen. Die **Eintragung** mit Namen, Geburtsdatum, Adresse und Unterschrift erfolgt nach Glaubhaftmachung der Identität auf amtlichen Eintragungslisten und muss auch abends sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen möglich sein.
 5. Nach Ablauf der Eintragungsfrist beginnt das **Ermittlungsverfahren**:
 - a. Die Gemeindevahlbehörde übermittelt die Ergebnisse der **Landeswahlbehörde**.
 - b. Diese gibt sofort das vorläufige bzw. nach einer Woche das endgültige Gesamtergebnis bekannt (Summe der Stimmberechtigten, Summe der gültigen Eintragungen, Summe der gültigen Unterstützungen des Einleitungsantrags) und **stellt fest**, ob ein Volksbegehren oder eine Initiative vorliegt. Für ein **Volksbegehren** müssen sich **mindestens 17.000 Stimmberechtigte** eingetragen haben, für eine **Initiative auf Landesebene mindestens 85.000 Stimmberechtigte** bzw. **auf Bezirksebene mindestens 20% der Stimmberechtigten oder 10.000 Stimmberechtigte mit Hauptwohnsitz im Bezirk**.
 - c. Die Landeswahlbehörde veröffentlicht Ergebnis in Presse und Rundfunk.
 - d. Die Landeswahlbehörde prüft Einsprüche (Details in §34 und §35).
 - e. Die Landeswahlbehörde übermittelt das Ergebnis an die Landesregierung.
 6. Sollten genügend Stimmberechtigte unterschrieben haben, wird das Volksbegehren bzw. die Initiative weiter behandelt:

Bei **Volksbegehren** legt die Landesregierung das Ergebnis dem **Landtag** vor. Dieser behandelt das Volksbegehren und **beschließt darüber innerhalb eines Jahres**. Anschließend informiert der Landtag den Zustellungsbevollmächtigten über den Beschluss, woraufhin sich dieser innerhalb von drei Wochen schriftlich äußern kann, was der Landtag in seiner nächsten Sitzung wiederum „zur Kenntnis nehmen“ muss.

Sonderfall: Bei Volksbegehren mit mehr als 50.000 Unterschriften, bei denen innerhalb eines Jahres kein entsprechender Gesetzesbeschluss vorliegt, kann der Zustellungsbevollmächtigte innerhalb von drei Wochen eine **Volksabstimmung** beantragen. Dabei können alle Stimmberechtigten mit einfacher Mehrheit entscheiden, ob das Volksbegehren dem Landtag „neuerlich zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung vorgelegt werden soll“ (Details zum Ablauf im Abschnitt zu Volksabstimmungen).

Bei **Initiativen** berät die **Landesregierung** über die Initiative und **fasst** dazu **Beschlüsse**. Anschließend veröffentlicht sie die Ergebnisse und informiert den Zustellungsbevollmächtigten.
 7. Die letztendliche **Entscheidung** wird, wie weiter vorgegangen, **trifft der Landtag** (bei Volksbegehren) **bzw. die Landesregierung** (bei Initiativen).

Bewertung von Volksbegehren im Land

- **thematisch begrenzt** – nur Gesetze in Zuständigkeit des Landes (3 von 5)
- **durchführbar** – Hürden für Antragsteller gerade erreichbar (3 von 5)
- **mäßig wirksam** – Letztentscheidung bleibt beim Landtag (3 von 5)

Bewertung von Initiativen im Land bzw. im Bezirk

- **thematisch eher frei** – sofern Maßnahme in jeweiliger Zuständigkeit (4 von 5)
- **schwierig durchführbar** – hohe Hürden für Antragsteller (2 von 5)
- **mäßig wirksam** – Letztentscheidung bleibt bei Landesregierung (3 von 5)

A3. Volksbefragungen im Land: Wir können uns selbst befragen (§ 82-109).

Was heißt das?

- Wir können **alle Stimmberechtigten über künftige Gegenstände der Gesetzgebung befragen**, die im Wirkungsbereich des Landes liegen. Ausgenommen sind Personalfragen, Wahlen oder Entscheidungen, die bestimmte Personen betreffen.

Was bringt das?

- Wir können den **Willen unserer Mitmenschen** in Hinblick auf mögliche politische Entscheidungen **erforschen**.

Wer darf das?

- Eine Volksbefragung **auf Landesebene kann von mindestens 17.000 Stimmberechtigten, auf Bezirksebene von mindestens 20% oder 10.000 Stimmberechtigten mit Hauptwohnsitz im Bezirk** beantragt werden (bzw. vom Landtag, von einem Drittel der Mitglieder des Landtags, der Landesregierung oder mindestens 50 steirischen Gemeinden aufgrund gleichlautender Gemeinderatsbeschlüsse).

Wie geht das?

1. Die **Antragsteller verlangen** von der Landesregierung die Durchführung einer Volksbefragung – mit
 - a. einer kurzen, eindeutigen Frage, die mit Ja/Nein oder der Zustimmung zu einer von mehreren Entscheidungsmöglichkeiten beantwortet werden kann (ggf. auch mit Unterfragen),
 - b. der Erklärung, dass eine Volksbefragung verlangt wird und einer Begründung,
 - c. den Namen, Geburtsdaten, Adressen, Unterschriften und Stimmrechtsbestätigungen aller Antragsteller
 - d. sowie der Nennung eines Zustellungsbevollmächtigten und dessen Stellvertreters.
2. Die **Landesregierung entscheidet** innerhalb von vier Wochen, ob der Antrag den formalen Voraussetzungen entspricht. Das Ergebnis wird dem Zustellungsbevollmächtigten bekannt gemacht und veröffentlicht. *(Bei zu wenigen Antragstellern ist Neueinbringung des Einleitungsantrags innerhalb von sechs Wochen möglich.)*
3. Die **Landesregierung verordnet** eine Volksbefragung mit
 - a. Dem als Frage formulierten Gegenstand der Volksbefragung,
 - b. dem Befragungsgebiet und
 - c. den Tag der Volksbefragung (Sonntag oder gesetzlichen Feiertag innerhalb von drei Monaten nach Kundmachung der Verordnung)Die Verordnung wird in Presse und Rundfunk **veröffentlicht** und in den letzten vier Wochen vor der tatsächlichen Abstimmung in den Gemeinden zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

4. Jeder Stimmberechtigte kann in der eigenen oder mit Stimmkarte auch in einer anderen Gemeinde abstimmen. Die **Teilnahme an der Befragung** erfolgt nach Glaubhaftmachung der Identität auf amtlichen Stimmzetteln mit dem als Frage formulierten Gegenstand der Volksbefragung sowie Kreisen, in denen die Stimmberechtigten „Ja“ oder „Nein“ oder einen der verschiedenen Antwort-Vorschläge ankreuzen können.
5. Die Ergebnisse werden von der Gemeinde- an die **Landeswahlbehörde** übermittelt. Diese **gibt** zunächst das vorläufige und nach einer Woche das endgültige **Gesamtergebnis bekannt** (Summe der abgegebenen Antworten, Summe der ungültigen Antworten, Summe der gültigen Antworten, Summe der gültigen Antworten pro Auswahlmöglichkeit).
6. Wird innerhalb von vier Wochen kein Einspruch erhoben, **berät die Landesregierung bzw. der Landtag** über die Befragung **und fasst** dazu **Beschlüsse**. Das Ergebnis wird veröffentlicht und dem Zustellungsbevollmächtigten bekannt gegeben.

Bewertung von Volksbefragungen im Land

- **thematisch sehr frei** – sofern in Zuständigkeit des Landes (5 von 5)
- **sehr schwierig durchführbar** – sehr hohe Hürden für Antragsteller (1 von 5)
- **mäßig wirksam** – öffentlich sichtbar, aber Repräsentanten entscheiden (3 von 5)

A4. Petitionen an das Land:

Wir können unsere Anliegen an die Politik richten (§110-112).

Was heißt das?

- Wir können **ein Begehren oder eine Anregung allgemeiner Art an jedes beliebige Organ des Landes** richten.

Was bringt das?

- Die zuständigen Organe müssen sich **mit unseren Anliegen auseinandersetzen**.

Wer darf das?

- **Eine oder mehrere Personen**.

Wie geht das?

1. Die **Petitionswerber senden** ihr Anliegen mit Namen, Geburtsdatum, Adresse des Wohnsitzes (in der Steiermark) und Unterschrift an ein Organ des Landes. Sollte dieses nicht zuständig sein, leitet es die Petition an das zuständige Organ weiter.
2. Dieses **Organ behandelt** die Petition **und beantwortet** sie umgehend. Wird die Petition an den Landtag gerichtet, wird sie vom Petitionsausschuss behandelt.
3. Das Organ **kann den Petitionswerber einladen**, eine Erklärung abzugeben. Sollte er dieser Einladung nicht nachkommen, muss das Organ die Petition nicht weiter behandeln.
4. Die Landesregierung legt dem Petitionsausschuss einmal jährlich einen **schriftlichen Bericht** darüber vor, wie die Petitionen von den verschiedenen Organen behandelt und beantwortet wurden.
5. Ob und wie weit das Anliegen weiter behandelt wird, **entscheidet das jeweilige Organ**.

Bewertung von Petitionen an das Land

- **thematisch sehr frei** – alle Anliegen sind erlaubt (5 von 5)
- **einfach durchführbar** – wenig formale Anforderungen (4 von 5)
- **wenig wirksam** – muss nur beantwortet, nicht umgesetzt werden (2 von 5)

A5. Stellungnahmen beim Land: Wir können Entwürfe kommentieren (§2).

Wozu können wir Stellung nehmen?

- zu **Gesetzes- und Verordnungsentwürfe der Landesregierung** (theoretisch verpflichtend; wenn keine Stellungnahme ermöglicht wird, gibt es jedoch keine Sanktionen)
- zu **Gesetzesinitiativen von Abgeordneten und Ausschüssen** (falls es der jeweilige Ausschuss so entscheidet)

Was bringt das?

- Wir können **Einfluss auf Gesetze und Verordnungen nehmen**, die vom Landtag bzw. der Landesregierung auf den Weg gebracht wurden.

Wer darf das?

- **Jede Person.**

Wie geht das?

1. Gesetzes- und Verordnungsentwürfe sowie Gesetzesinitiativen werden **vier Wochen lang zur Begutachtung online gestellt**.
2. Jede Person kann in dieser Zeit eine **schriftliche Stellungnahme** abgeben.
3. Alle Stellungnahmen werden durch den Landtag (bei Gesetzen) bzw. durch die Landesregierung (bei Verordnungen) **veröffentlicht**.
4. Ob und wie weit einzelne Stellungnahmen berücksichtigt werden, **entscheidet der Landtag bzw. die Landesregierung**.

Bewertung von Stellungnahmen beim Land

- **thematisch sehr begrenzt** – nur zu Entwürfen und Initiativen (1 von 5)
- **sehr einfach durchführbar** – Aufwand und Anforderungen gering (5 von 5)
- **wenig wirksam** – kann ignoriert werden (2 von 5)

A6. Beschwerden beim Land: Wir können uns beschweren (§114-115).

Was heißt das?

- Wir können **schriftliche oder mündliche Beschwerden an jedes beliebige Organ des Landes** richten.

Was bringt das?

- Die zuständigen Organe müssen sich **mit unseren Beschwerden auseinandersetzen**.

Wer darf das?

- **Jede Person**.

Wie geht das?

1. Der **Beschwerdeführer übermittelt** seine Beschwerde mit seinem Namen und seiner Adresse an ein Organ des Landes (mündlich oder schriftlich, nicht anonym). Sollte dieses nicht zuständig sein, leitet es die Beschwerde an das zuständige Organ weiter.
2. Dieses **Organ klärt** die Beschwerde umgehend **auf** und informiert den Beschwerdeführer. Es dürfen dafür keine Abgaben eingehoben werden.
3. Das Organ **kann den Beschwerdeführer einladen**, eine Erklärung abzugeben. Sollte er dieser Einladung nicht nachkommen, muss das Organ die Petition nicht weiter behandeln.
4. Die Landesregierung legt dem Petitionsausschuss einmal jährlich einen **schriftlichen Bericht** darüber vor, wie die Petitionen von den verschiedenen Organen behandelt und beantwortet wurden.
5. Ob und wie weit die Beschwerde weiter behandelt wird, **entscheidet das jeweilige Organ**.

Bewertung von Beschwerden beim Land

- **thematisch begrenzt** – Beschwerden nur bei Fehlverhalten (2 von 5)
- **einfach durchführbar** – wenig formale Anforderungen (4 von 5)
- **sehr wenig wirksam** – muss nur beantwortet, nicht umgesetzt werden (1 von 5)

A7. Auskunftsrecht beim Land: Wir können Auskünfte verlangen (§113).

Was heißt das?

- Wir können bei den Organen des Landes **nach bestimmten Informationen fragen**.

Was bringt das?

- Informationen sind die **Basis für alle politischen Entscheidungen**.

Wer darf das?

- **Jede Person**.

Wie geht das?

1. Eine **Person richtet eine Anfrage** auf Erteilung einer Auskunft mit seinem Namen und seiner Adresse an ein Organ des Landes (mündlich oder schriftlich, nicht anonym). Sollte dieses nicht zuständig sein, leitet es die Anfrage an das zuständige Organ weiter.
2. Dieses **Organ beantwortet** die Anfrage umgehend.
3. Es folgen **keine weiteren Aktivitäten** vonseiten der Landes.

Bewertung von Auskünften der Landes

- **thematisch begrenzt** – tw. keine Daten oder Amtsgeheimnis (2 von 5)
- **einfach durchführbar** – wenig formale Anforderungen (4 von 5)
- **nicht wirksam** – wird nur beantwortet, nicht umgesetzt (0 von 5)

B. Gemeindeebene

B1. Volksabstimmungen in Gemeinden:

Wir können über Beschlüsse des Gemeinderats abstimmen (§ 130-154).

Was heißt das?

- Wir können mit einfacher Mehrheit entscheiden, **ob ein Beschluss des Gemeinderats auch tatsächlich gültig werden soll oder nicht.**

Was bringt das?

- Wenn wir mit Beschlüssen des Landtags nicht einverstanden sind, können wir dafür sorgen, **dass stattdessen alle Stimmberechtigten gemeinsam entscheiden.**

Wer darf das?

- Der **Gemeinderat.**

Wie geht das?

- **Irrelevant**, da von Bürger-Seite her nicht möglich.

Bewertung von Volksabstimmungen in Gemeinden

- **thematisch sehr begrenzt** – erst nach Gemeinderatsbeschlüssen (1 von 5)
- **nicht durchführbar** – nur durch Gemeinderat möglich (0 von 5)
- **sehr wirksam** – Entscheidungen sind endgültig (5 von 5)

B2. Initiativen in Gemeinden:

Wir können Verordnungen und sonstige Maßnahmen initiieren, ändern oder aufheben (§116-129).

Was heißt das?

- Eine **Initiative** ist ein „**Verlangen auf Erlass, Änderung oder Aufhebung von Verordnungen und sonstigen Maßnahmen**, die in den selbständigen Wirkungsbereich der Gemeinde fallen“. Ausgenommen sind Personalfragen, Wahlen oder Entscheidungen, die bestimmte Personen betreffen.

Was bringt das?

- Wir können neue **Verordnungen und Maßnahmen initiieren** und bestehende **ändern oder aufheben**.

Wer darf das?

- Initiativen können für **Gemeinden** von **10% oder 10.000 Stimmberechtigten** beantragt werden.
- Für einzelne **Gemeindeteile** müssen **10%, aber mindestens 30 Stimmberechtigte mit Hauptwohnsitz im Gemeindeteil** unterschreiben.

Wie geht das?

1. Die **Antragsteller senden** die Initiative an den Bürgermeister mit
 - a. einer einfachen Anregung oder ausgearbeiteten Vorlage (im vollen Wortlaut),
 - b. einer Begründung,
 - c. einer Aufstellung der voraussichtlichen Gesamtbelastung (unmittelbare + Folgebela-stung) der Gemeinde sowie einer Begründung der Notwendigkeit,
 - d. Unterstützungslisten mit Namen, Geburtsdaten, Adressen und Unterschriften aller Antragsteller, sowie
 - e. der Nennung eines Zustellungsbevollmächtigten und dessen Stellvertreters.*Hinweis: Die Gemeinde stellt entsprechende Vorlagen zur Verfügung.*
2. Der **Bürgermeister entscheidet** innerhalb von vier Wochen, ob die Initiative den for-malen Voraussetzungen entspricht. Das Ergebnis wird dem Zustellungsbevollmächtigten bekannt gemacht und veröffentlicht. *(Bei zu wenigen Antragstellern ist Neueinbringung des Einleitungsantrags innerhalb von sechs Wochen möglich.)*
3. Entspricht die Initiative den Voraussetzungen, **legt sie** der Bürgermeister **dem zustän-digen** Organ zur Behandlung vor. Dieses behandelt die Initiative und **beschließt darü-ber innerhalb eines Jahres** (im Gemeinderat unter Vorladung des Zustellungsbevoll-mächtigten). Anschließend informiert die Gemeinde den Zustellungsbevollmächtigten über den Beschluss, woraufhin sich dieser innerhalb von drei Wochen schriftlich äußern

kann, was der Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung wiederum „zur Kenntnis nehmen“ muss.

Sonderfall: Bei Initiativen von mehr als 25% der Stimmberechtigten, bei denen innerhalb eines Jahres kein entsprechender Gemeinderatsbeschluss vorliegt, kann der Zustellungsbevollmächtigte innerhalb von drei Wochen eine **Volksabstimmung** beantragen. Dabei können alle Stimmberechtigten entscheiden, „ob die Initiative als Entscheidung des zuständigen Organs der Gemeinde gelten soll“ (Details zum Ablauf im Abschnitt zu Volksabstimmungen). Sollte die Mehrheit dafür sein, gilt sie **als tatsächliche Entscheidung des jeweiligen Organs** (z.B. Gemeinderat).

Bewertung von Initiativen in Gemeinden

- **thematisch eher frei** – sofern Maßnahme in Zuständigkeit der Gde. (4 von 5)
- **schwierig durchführbar** – hohe Hürden für Antragsteller (2 von 5)
- **wirksam** – Letztentscheidung bei genug Unterschriften bei Bürgern (4 von 5)

B3. Volksbefragungen in Gemeinden: Wir können uns selbst befragen (§ 155-176).

Was heißt das?

- Wir können **alle Stimmberechtigten über künftige politische Entscheidungen befragen**, die im Wirkungsbereich der Gemeinde liegen.

Was bringt das?

- Wir können den **Willen unserer Mitmenschen** in Hinblick auf mögliche politische Entscheidungen **erforschen**.

Wer darf das?

- Volksbefragungen können für **Gemeinden** von **10% oder 10.000** Stimmberechtigten beantragt werden.
- Für einzelne **Gemeindeteile** müssen **10%**, aber **mindestens 30** Stimmberechtigte mit Hauptwohnsitz im Gemeindeteil unterschreiben.
- Der **Gemeinderat**.

Wie geht das?

1. Die **Antragsteller verlangen** vom Gemeinderat die Durchführung einer Volksbefragung – mit
 - a. einer kurzen, eindeutigen Frage, die mit Ja/Nein oder der Zustimmung zu einer von mehreren Entscheidungsmöglichkeiten beantwortet werden kann (ggf. auch mit Unterfragen),
 - b. der Erklärung, dass eine Volksabstimmung verlangt wird und einer Begründung,
 - c. den Namen, Geburtsdaten, Adressen und Unterschriften aller Antragsteller
 - d. sowie der Nennung eines Zustellungsbevollmächtigten und dessen Stellvertreters.
2. Der **Gemeinderat entscheidet** innerhalb von vier Wochen, ob der Antrag den formalen Voraussetzungen entspricht. Das Ergebnis wird dem Zustellungsbevollmächtigten bekannt gemacht und veröffentlicht. *(Bei zu wenigen Antragstellern ist Neueinbringung des Einleitungsantrags innerhalb von sechs Wochen möglich.)*
3. Der **Gemeinderat verordnet** eine Volksbefragung mit
 - a. dem als Frage formulierten Gegenstand der Volksbefragung,
 - b. dem Befragungsgebiet und
 - c. den Tag der Volksbefragung (Sonntag oder gesetzlichen Feiertag innerhalb von drei Monaten nach Kundmachung der Verordnung)Die Verordnung wird **veröffentlicht** und in den letzten vier Wochen vor der tatsächlichen Abstimmung in den Gemeinden zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.
4. Jeder Stimmberechtigte kann abstimmen. Die **Teilnahme an der Befragung** erfolgt nach Glaubhaftmachung der Identität auf amtlichen Stimmzetteln mit dem als Frage formulierten Gegenstand der Volksbefragung sowie Kreisen, in denen die Stimmberech-

tigten „Ja“ oder „Nein“ oder einen der verschiedenen Antwort-Vorschläge ankreuzen können.

5. Die Ergebnisse werden von der Gemeindewahlbehörde ermittelt. Der Bürgermeister **gibt das Ergebnis bekannt** (Summe der abgegebenen Antworten, Summe der ungültigen Antworten, Summe der gültigen Antworten, Summe der gültigen Antworten pro Auswahlmöglichkeit).
6. Wird innerhalb von vier Wochen kein Einspruch erhoben, **berät das zuständige Organ der Gemeinde** über die Befragung **und fasst** dazu **Beschlüsse**. Das Ergebnis wird veröffentlicht und dem Zustellungsbevollmächtigten bekannt gegeben.

Bewertung von Volksbefragungen in Gemeinden

- **thematisch sehr frei** – sofern in Zuständigkeit des Landes (5 von 5)
- **schwierig durchführbar** – hohe Hürden für Antragsteller (2 von 5)
- **mäßig wirksam** – öffentlich sichtbar, aber Repräsentanten entscheiden (3 von 5)

B4. Petitionen an Gemeinden:

Wir können unsere Anliegen an die Politik richten (§181-183).

Was heißt das?

- Wir können **ein Begehren oder eine Anregung allgemeiner Art an jedes beliebige Organ des Gemeinde** richten.

Was bringt das?

- Die zuständigen Organe müssen sich **mit unseren Anliegen auseinandersetzen**.

Wer darf das?

- **Eine oder mehrere Personen**.

Wie geht das?

1. Die **Petitionswerber senden** ihr Anliegen mit Namen und Adresse an ein Organ der Gemeinde. Sollte dieses nicht zuständig sein, leitet es die Petition an das zuständige Organ weiter.
2. Dieses **Organ behandelt** die Petition **und beantwortet** sie umgehend.
3. Das Organ **kann den Petitionswerber einladen**, eine Erklärung abzugeben. Sollte er dieser Einladung nicht nachkommen, muss das Organ die Petition nicht weiter behandeln.
4. Der Bürgermeister (oder bei Städten mit eigenem Stadt der Stadtsenat) legt dem Gemeinderat einmal jährlich einen **schriftlichen Bericht** darüber vor, wie die Petitionen von den verschiedenen Organen behandelt und beantwortet wurden.
5. Ob und wie weit das Anliegen weiter behandelt wird, **entscheidet das jeweilige Organ**.

Bewertung von Petitionen an die Gemeinde

- **thematisch sehr frei** – alle Anliegen sind erlaubt (5 von 5)
- **einfach durchführbar** – wenig formale Anforderungen (4 von 5)
- **wenig wirksam** – muss nur beantwortet, nicht umgesetzt werden (2 von 5)

B5. Gemeindeversammlungen: Wir können uns versammeln (§177-180).

Was heißt das?

- Gemeindeversammlungen sind **offene Treffen**, an den alle Gemeindeglieder teilnehmen können.

Was bringt das?

- Gemeindeversammlungen dienen der **Information und Kommunikation** zwischen Gemeindeverwaltung und Gemeindegliedern.

Wer darf das?

- in **Gemeinden 5%** der Stimmberechtigten
- in **Gemeindeteilen 5%**, aber **mindestens 15** Stimmberechtigte mit Hauptwohnsitz im Gemeindeteil

Wie geht das?

1. Die **Antragsteller** beantragen beim Bürgermeister die Durchführung einer Gemeindeversammlung – mit
 - a. dem Gegenstand der Gemeindeversammlung,
 - b. der Erklärung, dass über den Gegenstand die Abhaltung einer Gemeindeversammlung verlangt wird sowie
 - c. den Namen, Geburtsdaten, Adressen und Unterschriften aller Antragsteller.
2. Liegt ein Antrag mit ausreichend Unterschriften vor, **fixiert der Bürgermeister einen Termin** innerhalb von vier Wochen und gibt diesen eine Woche vor der Versammlung öffentlich bekannt.
3. Der **Bürgermeister führt** den Vorsitz in der Gemeindeversammlung. Er eröffnet die Gemeindeversammlung mit einer Darstellung des Gegenstandes, leitet und schließt die Gemeindeversammlung und erteilt das Wort. Er kann Rednern, die vom Gegenstand abschweifen oder beleidigende Äußerungen abgeben, das Wort entziehen.

Bewertung von Gemeindeversammlungen

- **thematisch sehr frei** – alle Gemeinde-Themen möglich (5 von 5)
- **durchführbar** – mäßig hohe Hürden für Antragsteller (3 von 5)
- **wenig wirksam** – nur Diskussion, keine Entscheidungen (2 von 5)

B6. Beschwerden in Gemeinden: Wir können uns beschweren (§185-186).

Was heißt das?

- Wir können **schriftliche oder mündliche Beschwerden an jedes beliebige Organ der Gemeinde** richten.

Was bringt das?

- Die zuständigen Organe müssen sich **mit unseren Beschwerden auseinandersetzen**.

Wer darf das?

- **Jede Person**.

Wie geht das?

1. Der **Beschwerdeführer übermittelt** seine Beschwerde mit seinem Namen und seiner Adresse an ein Organ der Gemeinde (mündlich oder schriftlich, nicht anonym). Sollte dieses nicht zuständig sein, leitet es die Beschwerde an das zuständige Organ weiter.
2. Dieses **Organ klärt** die Beschwerde umgehend **auf** und informiert den Beschwerdeführer. Es können dafür keine Abgaben eingehoben werden.
3. Das Organ **kann den Beschwerdeführer einladen**, eine Erklärung abzugeben. Sollte er dieser Einladung nicht nachkommen, muss das Organ die Petition nicht weiter behandeln.
4. Ob und wie weit die Beschwerde weiter behandelt wird, **entscheidet das jeweilige Organ**.

Bewertung von Beschwerden bei der Gemeinde

- **thematisch begrenzt** – Beschwerden nur bei Fehlverhalten (2 von 5)
- **einfach durchführbar** – wenig formale Anforderungen (4 von 5)
- **sehr wenig wirksam** – muss nur beantwortet, nicht umgesetzt werden (1 von 5)

B7. Auskunftsrecht in Gemeinden: Wir können Auskünfte verlangen (§184).

Was heißt das?

- Wir können bei den Organen der Gemeinde **nach bestimmten Informationen fragen**.

Was bringt das?

- Informationen sind die **Basis für alle politischen Entscheidungen**.

Wer darf das?

- **Jede Person**.

Wie geht das?

1. Eine **Person richtet eine Anfrage** auf Erteilung einer Auskunft mit seinem Namen und seiner Adresse an ein Organ der Gemeinde (mündlich oder schriftlich, nicht anonym). Sollte dieses nicht zuständig sein, leitet es die Anfrage an das zuständige Organ weiter.
2. Dieses **Organ beantwortet** die Anfrage umgehend.
3. Es folgen **keine weiteren Aktivitäten** vonseiten der Gemeinde.

Bewertung von Auskünften der Gemeinde

- **thematisch begrenzt** – tw. keine Daten oder Amtsgeheimnis (2 von 5)
- **einfach durchführbar** – wenig formale Anforderungen (4 von 5)
- **nicht wirksam** – wird nur beantwortet, nicht umgesetzt (0 von 5)

Zusammenfassung

A. Landesebene

Instrument	thematisch frei	durchführbar	wirksam
Volksabstimmung	●○○○○	○○○○○	●●●●●
Volksbegehren	●●●○○	●●●○○	●●●○○
Initiative	●●●●○	●●○○○	●●●○○
Volksbefragung	●●●●●	●○○○○	●●●○○
Petition	●●●●●	●●●●○	●●○○○
Stellungnahme	●○○○○	●●●●●	●●○○○
Beschwerde	●●○○○	●●●●○	●○○○○
Auskunft	●●○○○	●●●●○	○○○○○

Wer mit neu beschlossenen Gesetzen nicht zufrieden ist, kann zwar theoretisch eine Volksabstimmung darüber erzwingen, in der Praxis sind die Hürden aber viel zu hoch.

Volksbegehren, Initiativen und Volksbefragungen, mit denen neue Vorhaben auf den Weg gebracht werden können, sind zwar leichter durchführbar, dafür liegt aber die Letztentscheidung bei der Landespolitik.

Und sehr einfach nutzbare Instrumente wie Petitionen, Stellungnahmen, Beschwerden und Auskünfte entfalten oft überhaupt keine Wirksamkeit.

B. Gemeindeebene

Instrument	thematisch frei	durchführbar	wirksam
Volksabstimmung	●○○○○	○○○○○	●●●●●
Initiative	●●●●○	●●○○○	●●●●○
Volksbefragung	●●●●●	●●○○○	●●●○○
Petition	●●●●●	●●●●○	●●○○○
Gemeindeversammlung	●●●●●	●●●○○	●●○○○
Beschwerde	●●○○○	●●●●○	●○○○○
Auskunft	●●○○○	●●●●○	○○○○○

Auf Gemeindeebene stellt die Initiative eine attraktive Möglichkeit dar, um selbst abseits des Gemeinderats Entscheidungen herbeizuführen. Dafür haben wir Bürger*innen kein rechtlich verbindliches Mittel gegen Entscheidungen des Gemeinderats – eine Volksabstimmung auf Gemeindeebene kann ausschließlich der Gemeinderat beschließen. Für alle anderen Instrumente gilt Ähnliches wie auf Landesebene.

Resumee: Über die derzeit verfügbaren direkt-demokratische Instrumente können wir nur wenig Einfluss auf politische Entscheidungen in der Steiermark nehmen.